



Beschluss

TOP II.9

Antwort der Konferenz der Justizministerinnen und –minister auf eine Prüfbitte der 9. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und –senatoren der Länder vom 27./28.5.1999 (dort zu TOP 10.2)

Berichterstattung: Baden-Württemberg

1. Die Justizministerinnen und -minister erachten die Bekämpfung des Menschenhandels als eine wichtige Aufgabe der Strafverfolgung. Dabei sind auch die Instrumente der Vermögensabschöpfung konsequent zu nutzen.
2. Um die gerade bei Opfern von Menschenhandel erforderliche Betreuung nachhaltig zu sichern, setzen sich die Justizministerinnen und -minister für eine angemessene und verlässliche Finanzierung durch die fachlich zuständigen Ressorts ein.